



Anhang zur Medienmitteilung zur Rechnung 2019

Entwicklung der Einnahmen (in Mio. CHF ggü. Rechnung 2018)

in Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Diff. zu R		Diff. zu VA	
	2018	2019	2019	in Mio.	in %	in Mio.	in %
Ordentliche Einnahmen	73'712	73'556	74'474	761	1.0	918	1.2
<i>davon:</i>							
Mehrwertsteuer	22'644	23'400	22'508	-136	-0.6	-892	-3.8
Direkte Bundessteuer	22'446	22'748	23'268	822	3.7	520	2.3
Gewinnsteuer	11'289	11'276	11'813	524	4.6	537	4.8
Einkommenssteuer	11'157	11'472	11'455	298	2.7	-17	-0.2
Verrechnungssteuer	7'947	7'052	8'342	395	5.0	1'290	18.3
Stempelabgaben	2'117	2'320	2'152	35	1.6	-169	-7.3
Mineralölsteuer	4'578	4'540	4'515	-64	-1.4	-25	-0.6
Tabaksteuer	2'081	2'095	2'042	-39	-1.9	-53	-2.5
Netzzuschlag	1'051	1'311	1'398	347	33.0	87	6.6
Nichtfiskalische Einnahmen	5'392	4'435	4'588	-803	-14.9	153	3.4

Hinweis: Die Zahlen 2018 wurden infolge des Restatements für die Verrechnungssteuer angepasst.

Die ordentlichen Einnahmen des Bundes verzeichneten 2019 ein geringes Wachstum von lediglich 1 Prozent, während der Anstieg des nominellen BIP nach der Prognose der Experten-Gruppe vom Dezember 2019 1,3 Prozent betrug. Der Hauptgrund für das bescheidene Wachstum sind tiefere Mehrwertsteuereinnahmen (-136 Mio. ggü. 2018) und der Rückgang bei den nichtfiskalischen Einnahmen (-803 Mio.), der auf einmalige Einnahmen 2018 zurückzuführen ist.

- **Mehrwertsteuer** (22,5 Mrd., -0,6 %). Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer sind rückläufig. Sie liegen auch deutlich unter dem Budgetwert. Die negative Entwicklung lässt sich teils durch das schwache Wirtschaftswachstum 2019 erklären.
- **Direkte Bundessteuer** (23,3 Mrd., +3,7 %). Die Einkommenssteuer der natürlichen Personen hat um 2,7 Prozent zugenommen, ein eher geringer Zuwachs angesichts der Progression der Steuersätze. Die Gewinnsteuer verzeichnete erneut ein dynamisches Wachstum (+4,6 %), das unter anderem auf den guten Geschäftsgang der Schweizer Wirtschaft 2018 zurückzuführen ist.
- **Verrechnungssteuer** (8,3 Mrd., +5 %). Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer beliefen sich 2019 auf 8,3 Milliarden, 1,3 Milliarden mehr als budgetiert und 0,4 Milliarden mehr als 2018. Der Betrag setzt sich zusammen aus der Vereinnahmung von 38,7 Milliarden (+6,1 Mrd. ggü. 2018) abzüglich 28,9 Milliarden Rückforderungen (+4,6 Mrd. ggü. 2018) und einer höheren Rückstellung für künftige Rückforderungen von 1,5 Milliarden. Die höheren Eingänge sind hauptsächlich auf die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien zurückzuführen.
- **Stempelabgaben** (2,2 Mrd., +1,6 %). Nach dem Rückgang um 13 Prozent im Vorjahr haben sich die Einnahmen aus den Stempelabgaben stabilisiert und sind 2019 um 1,6 Prozent gestiegen. Während die Emissionsabgabe einen Rückgang um 75 Millionen

verzeichnete, nahm die Umsatzabgabe um 96 Millionen zu. Beide Einnahmen unterliegen starken Schwankungen, da sie vom Bedarf der Unternehmen nach Eigenkapital und vom gehandelten Börsenvolumen abhängen.

- **Mineralölsteuer** (4,5 Mrd., -1,4 %). Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer gehen seit 2009 stetig zurück, was auf effizientere Fahrzeuge und die zunehmende Verwendung von steuerbefreiten Biotreibstoffen zurückzuführen ist.
- **Tabaksteuer** (2 Mrd., -1,9 %). Der abnehmende Tabakkonsum wirkt sich auch auf die Rechnung des Bundes aus. Die Einnahmen aus der Tabaksteuer gehen seit 2012 jährlich um rund 2 Prozent zurück.
- **Netzzuschlag** (1,4 Mrd., +33 %). Der Netzzuschlag besteuert den Strom. Er wurde 2018 in den Bundeshaushalt integriert. 2019 ist wegen der um ein Quartal verzögerten Erfassung das erste vollständige Erhebungsjahr. Dieser Effekt erklärt den starken Anstieg in diesem Jahr.
- **Nichtfiskalische Einnahmen** (4,6 Mrd., -14,9 %). Der starke Rückgang bei den nichtfiskalischen Einnahmen ist auf zwei einmalige Vorgänge zurückzuführen, die 2018 zu einem starken Anstieg der Investitionseinnahmen geführt hatten. Es handelt sich zum einen um die Vereinnahmung einer Liquiditätsreserve aus dem aufgelösten Infrastrukturfonds und zum anderen um die Umwandlung eines Darlehens an die SIFEM AG in Aktienkapital. Auch die Einnahmen aus Regalien und Konzessionen sind rückläufig, weil sie seit 2019 den Gewinn der Alkoholverwaltung nicht mehr enthalten, der 2018 letztmals ausgeschüttet wurde.

Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten (in % ggü. Rechnung 2018)

Tabelle: Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten Rechnung 2019

in Mio. CHF	R	VA	R	Diff. zu R	Diff. zu VA		
	2018	2019	2019	Mio.	%	Mio.	%
Ordentliche Ausgaben	70'574	72'334	71'414	840	1.2	-920	-1.3
Beziehungen zum Ausland	3'771	3'621	3'480	-291	-7.7	-140	-3.9
<i>ohne Kapitalumwandlung SIFEM AG</i>	3'397	3'621	3'480	84	2.5	-140	-3.9
Sicherheit	5'570	6'244	5'991	421	7.6	-253	-4.1
Bildung und Forschung	7'714	8'072	7'985	272	3.5	-87	-1.1
Soziale Wohlfahrt	22'328	22'968	22'386	58	0.3	-583	-2.5
<i>ohne IV-Zusatzfinanzierung</i>	22'084	22'968	22'386	301	1.4	-583	-2.5
Verkehr	10'393	10'120	9'933	-459	-4.4	-186	-1.8
<i>ohne Nationalstrassen (insb. NAF)</i>	6'938	7'416	7'072	134	1.9	-343	-4.6
Landwirtschaft und Ernährung	3'640	3'661	3'658	18	0.5	-3	-0.1
Finanzen und Steuern	9'887	9'798	10'141	254	2.6	343	3.5
Übrige Aufgabengebiete	7'273	7'850	7'840	567	7.8	-10	-0.1
<i>Ohne Netzzuschlagsfonds und Hochseeschifffahrt</i>	6'222	6'539	6'313	91	1.5	-226	-3.5

Anmerkung: Die um die grössten Strukturbrüche bereinigten Zahlen sind kursiv dargestellt.

Die Ausgaben des Bundes wuchsen im Vergleich zum Vorjahr um 840 Millionen auf 71,4 Milliarden (+1,2 %). Die Ausgabenentwicklung ist durch diverse Strukturbrüche in den Jahren 2018 und 2019 geprägt, so namentlich Schwankungen der Einlagen in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) und in den Netzzuschlagsfonds, die Umwandlung von Darlehen an die SIFEM AG in Eigenkapital im Jahr 2018, das Auslaufen der Zusatzfinanzierung für die Invalidenversicherung sowie die Ausgaben zur Honorierung von Bürgschaften für Hochseeschiffe.

- **Beziehungen zum Ausland – internationale Zusammenarbeit** (3,5 Mrd., -7,7 %): Der Wegfall der letztjährigen haushaltneutralen Umwandlung der Darlehen an die SIFEM AG in Eigenkapital führte 2019 zu einem starken Ausgabenrückgang. Unter Ausklammerung dieses einmaligen Effekts nahmen die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland um 84 Millionen zu.
- **Sicherheit** (6,0 Mrd., +7,6 %). Der Ausgabenanstieg im Bereich Sicherheit erfolgte im Zuge der Weiterentwicklung der Armee (WEA) sowie der vom Parlament in den Jahren 2015-2017 beschlossenen grossen Rüstungsprogrammen.
- **Bildung und Forschung** (8,0 Mrd., +3,5 %): Die Wachstumsschwerpunkte in diesem prioritären Bereich waren die Grundlagenforschung (u. a. SNF; + 137 Mio.), die EU-Forschung (+17 Mio.), die Berufsbildung (+27 Mio.) sowie die Beiträge an kantonale Universitäten und Fachhochschulen (+82 Mio.).
- **Soziale Wohlfahrt** (22,4 Mrd., +0,3 %): Dass die Ausgaben im Vorjahresvergleich nahezu stabil blieben, kann durch sich kompensierende Mehr- und Minderausgaben erklärt werden. Einerseits gingen die Ausgaben durch das Auslaufen der IV-Zusatzfinanzierung sowie im Bereich Migration zurück. Andererseits verzeichneten die Ausgaben für die Altersvorsorge, für die Krankenversicherung und die Ergänzungsleistungen einen Zuwachs.
- **Verkehr** (9,9 Mrd., -4,4 %): Die Ausgaben für den Strassenverkehr sanken infolge von tieferen Einnahmenanteilen für den NAF um insgesamt 598 Millionen. Im Gegenzug nahmen die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr um 85 Millionen und jene für die Luftfahrt um 54 Millionen zu.

- **Landwirtschaft** (3,7 Mrd., +0,5 %): Die Ausgaben für das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung verbleiben gegenüber dem Vorjahr insgesamt auf dem gleichen Niveau.
- **Finanzen und Steuern** (10,1 Mrd., +2,6 %): Während die Zinsausgaben im Vergleich zum Vorjahr wiederum rückläufig waren, nahmen die Anteile Dritter insbesondere aufgrund der Mehreinnahmen bei der direkten Bundessteuer und Verrechnungssteuer zu.
- **Übrige Aufgabengebiete** (7,8 Mrd., +7,8 %): Das Ausgabenwachstum in den übrigen Aufgabengebieten – institutionelle und finanzielle Voraussetzungen, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Umwelt und Raumordnung, Wirtschaft – geht in erster Linie auf die höheren Einlagen in den Netzzuschlagsfonds, Mehrausgaben für das Gebäudeprogramm und die Wiedergutmachung für die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen zurück. Ausserdem musste der Bund im 2019 Bürgschaften im Bereich der Hochseeschifffahrt honorieren.